

PERIPHERIE 169/170

Krieg in Europa Perspektiven aus dem Süden

Maria Mies (1931-2023).....	3
Zu diesem Heft	5
Siba N'Zatioula Grovgoui & Sarah Then Bergh	„Das dürfte in Europa eigentlich nicht passieren“. Das Problem der Internationalen Beziehungen aus Sicht des Globalen Südens..... 11
Charlotte Wiedemann	Krieg und Gedächtnis. Über historisches Begreifen und die gefährdete Erinnerung an den Holocaust. Ein Versuch, die neue Unübersichtlichkeit zu kartieren (Debatte) 46
Raina Zimmering	Monroe-Doktrin und Ukraine-Krieg Zur Haltung der lateinamerikanischen Staaten ... 59
Ilse Lenz	Die Gerechtigkeitsbewegung für die „Trostrfrauen“ in intersektionaler postkolonialer Sicht..... 91
Martin Kimani	Erklärung für eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats zur Lage in der Ukraine (Dokumentation) 116
Vijay Prashad & Mikaela Erskog	Afrika souverän? (Debatte)..... 119
Rita Schäfer	Feministische Außenpolitik. Zwischen visionären Perspektiven, Parteiengerangel und Praxistests in Deutschland (Debatte) 125
	Brief aus dem Iran..... 143
Dilan Canbaz	Die tiefen Spuren einer Suche (Erzählung)..... 148
Benno Teschke	<i>PERIPHERIE-Stichwort</i> : Geopolitik 153
Rezensionsartikel	
Reinhart Kößler	Herausforderungen postkolonialen Erinnerns... 160

Rezensionen

Wolfgang Gehrke & Christiane Reymann (Hg.): <i>Ein willkommener Krieg? NATO, Russland und die Ukraine</i> (Reinhart Kößler).....	177
Kai Ambos: <i>Doppelmoral – Der Westen und die Ukraine</i> (Reinhart Kößler).....	178
Rosa Maria Weißer: <i>Defizite und Chancen – Was trägt das Völkerrecht zur Lösung territorialer Konflikte bei? Eine Analyse am Fallbeispiel der Krim</i> (Reinhart Kößler).....	180
Parmenides Stiftung (Hg.): <i>Perspektiven nach dem Ukrainekrieg. Europa auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung?</i> (Reinhart Kößler).....	182
Daniel Brombacher, Günther Maihold, Melanie Müller & Judith Vorrath (Hg.): <i>Geopolitics of the Illicit. Linking the Global South and Europe</i> (Rita Schäfer).....	186
Sammelrezension zu:	
Jürgen Gottschlich & Dilek Zapcioglu-Gottschlich: <i>Die Schatzjäger des Kaisers. Deutsche Archäologen auf Beutezug im Orient</i>	
Susanne Leeb & Nina Samuel (Hg.): <i>Museums, Transculturality, and the Nation-State. Case Studies from a Global Context</i>	
Thomas Sandkühler, Angelika Epple & Jürgen Zimmerer (Hg.): <i>Geschichtskultur durch Restitution? Ein Kunst-Historikerstreit</i>	
Bénédicte Savoy: <i>Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage</i> (Reinhart Kößler).....	188
Henning Melber & Kristin Platt (Hg.): <i>Koloniale Vergangenheit – postkoloniale Zukunft? Die deutsch-namibischen Beziehungen neu denken</i> (Daniel Bendix).....	193
Alexander E. Davis, Vineet Thakur & Peter Vale: <i>The Imperial Discipline. Race and the Founding of International Relations</i> (Eleonor Roldán Mendivil).....	196
Desiree Lewis & Gabeba Baderoon (Hg.): <i>Surfacing. On Being Black and Feminist in South Africa</i> (Rita Schäfer).....	199
Dietmar Süß & Cornelius Torp: <i>Solidarität. Vom 19. Jahrhundert bis zur Corona-Krise</i> (Reinhart Kößler).....	202
Emanuel Kapfinger: <i>Die Faschisierung des Subjekts. Über die Theorie des autoritären Charakters und Heideggers Philosophie des Todes</i> (Gerhard Hauck).....	203
Hannimari Jokinen, Flower Manase & Joachim Zeller (Hg.): <i>Stand and Fall. Das Wissmann-Denkmal zwischen kolonialer Weihestätte und postkolonialer Dekonstruktion</i> (Reinhart Kößler).....	206
Eingegangene Bücher	207
Summaries.....	209
Zu den Autorinnen und Autoren	211

Siba N'Zatioula Grovogui & Sarah Then Bergh

„Das dürfte in Europa eigentlich nicht passieren“
Das Problem der Internationalen Beziehungen
aus Sicht des Globalen Südens

„Meine Damen und Herren! Dieser 24. Februar ist ein furchtbarer Tag für die Ukraine und ein düsterer Tag für Europa. Mit seinem Angriff auf die Ukraine bricht der russische Präsident Putin abermals eklatant das Völkerrecht. Putin bringt damit Leid und Zerstörung über seine direkten Nachbarn. Er verletzt die Souveränität und die Grenzen der Ukraine. Er gefährdet das Leben von unzähligen Unschuldigen in der Ukraine, dem Brudervolk Russlands. Letztlich stellt er damit auch die Friedensordnung unseres Kontinents infrage.“
(Olaf Scholz, 24. Februar 2022)

„Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.“
(Olaf Scholz, 27. Februar 2022)

Keywords: global south, International Security Regimes, NATO, non-alignment, Russia-Ukraine conflict

Schlagwörter: Bündnisfrei, Globaler Süden, Internationale Sicherheitsordnung, NATO, Russland-Ukraine-Krieg

Es kann keinen Zweifel geben, dass Russlands Einfall in die Ukraine das seit dem Zweiten Weltkrieg gepflegte Selbstbildnis Europas als Friedenszone, in Frage gestellt hat. Als Präsident Putin am 24. Februar 2022 die militärische Invasion in der Ukraine sanktionierte, waren die Reaktionen der europäischen Regierungen weitgehend einheitlich: allgemeiner Schock, Unglauben und Entrüstung. Der oben zitierte deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz brachte diese Stimmung zum Ausdruck. Für sie steht die unverfrorene Aggression und das militärische Abenteuer Vladimir Putins im Gegensatz zu den Normen und dem Ethos eines stabilen, prosperierenden und regelbasierten Europas. Folglich drohte die russische Invasion die entscheidenden kulturellen und ideologischen Annahmen und Vorstellungen zu zerreißen, auf denen Europa sein Selbstbild aufgebaut hat. Dennoch ließ sich Europa von der russischen Bedrohung nicht abschrecken, an seinem Selbstverständnis festzuhalten,

nach dem es sich nicht nur Russland entgegensetzte, sondern zugleich zwei parallele, freilich konvergierende Projekte hochhielt: Das erste ist die Ausweitung der liberaldemokratischen europäischen Sphäre auf ehemals kommunistische Staaten in Osteuropa. Das zweite betrifft das Recht der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO), ihren Sicherheitsschirm auf jeden Ort in Europa auszudehnen und die Ukraine sowie andere Staaten, die dies wünschen, als Ausdruck ihrer Selbstbestimmung Mitglied werden zu lassen. Von der Gerechtigkeit dieser Positionierung überzeugt, waren die Öffentlichkeit und meinungsbildende Instanzen in Europa überrascht, dass viele Staaten, besonders in Afrika, noch nicht ausreichend davon überzeugt sind, dass die Missbilligung der russischen Invasion logisch dazu führen müsse, sowohl das europäische Selbstbild als friedlich und wohlmeinend, wie auch die Ausweitung der NATO gutzuheißen, ohne dass legitime Fragen aufgeworfen würden. Wir behaupten in diesem Beitrag, dass es moralisch möglich ist, die russische Invasion in der Ukraine zu missbilligen und sich dennoch ein Urteil über die Begründung und die Klugheit der europäischen und transatlantischen Reaktionen darauf vorzubehalten.

Wir pflichten bei, dass es wenig Rechtfertigung für die Invasion Russlands in der Ukraine gibt. Vielmehr ist es Ziel dieses Artikels, den Äußerungen von Angehörigen afrikanischer Eliten – politischer Führungspersönlichkeiten wie Meinungsmacher:innen – genauer nachzugehen, die eine Diskussion über die russische Invasion entlang der übergreifenden Fragestellungen zur existierenden internationalen Ordnung und einer Neustrukturierung des internationalen Systems fordern. Die engen Grenzen der gegenwärtigen Debatte zeigen sich anhand der Auseinandersetzung in Deutschland anlässlich der weitgehenden Enthaltung afrikanischer Staaten bei der Abstimmung über die Resolution der UN-Generalversammlung von März 2022, in der Russland aufgefordert wurde, sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Ebenso deutlich zeichnen sie sich in dem Gesetzentwurf für eine *Concerning Malign Activities in Africa Act* im US-Senat vom 28. April 2022 (Fabricius 2022a) ab. Zusammengefasst machen diese Fälle deutlich, dass sich die entsprechenden Narrative über irregeleitete Afrikaner:innen mit hartnäckigen Annahmen verbinden, nach denen „Europa“ und der „Westen“ im Gegensatz zu Russland und, aus der Sicht mancher auch zum Globalen Süden, Träger der internationalen Normen und der internationalen Moral seien. Das hat für die globalen Debatten über den gegenwärtigen Konflikt zwei miteinander verknüpfte Konsequenzen.

Zum einen wurden auf der Grundlage solcher Abgrenzungen die Forderungen formuliert, sich den europäisch-westlichen Positionen im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine anzuschließen. Zum andern wurden

Charlotte Wiedemann

Krieg und Gedächtnis

Über historisches Begreifen und die gefährdete
Erinnerung an den Holocaust. Ein Versuch, die neue
Unübersichtlichkeit zu kartieren
(Debatte)

I. Das Ende alter Gewissheiten

Was ist die Zukunft der Holocaust-Erinnerung? Die Frage hätte vor wenigen Jahren noch abwegig gewirkt. In Deutschland lag das Gedenken an die Auslöschung der Juden und Jüdinnen im sicheren Kasten staatlicher Verwahrung, besiegelt mit dem Attribut der Singularität. Gewiss, die viel beschworene Erinnerungskultur hatte sich längst abgelöst von den progressiven geschichtspolitischen Impulsen früherer Jahrzehnte; was einst als störende und verstörende Suche nach Täterschaft und historischer Wahrheit begann, war längst zum Affirmativen hin verschoben – zunächst zu einer willentlichen Selbstberuhigung der Deutschen, alsdann gar zur Selbstzufriedenheit. Erinnerung galt nun als Zauberwort für Erlösung, für eine „kathartische Freistellung“, wie es Volkhard Knigge formuliert, vormaliger Leiter der Gedenkstätte Buchenwald – Mittelbau/Dora.

Gleichwohl vermittelte die staatliche Gedenkpolitik samt ihrer rituellen Erstarrung aber auch eine positiv zu verstehende Stabilität, was spätestens zu Bewusstsein kam, als Angriffe auf die sogenannte Kultur der Schande von einer im Bundestag vertretenen Partei ausgingen. Wer immer in jüngster Zeit eine Öffnung der deutschen Erinnerungskultur forderte (und die Autorin zählt dazu), um eine Integration des Gedenkens an koloniale Verbrechen zu erreichen und eine Inklusion nicht-europäischer Sichtweisen, tat dies im Bewusstsein, dass die Holocaust-Erinnerung als solche einen unanfechtbaren Status genoss.

Wird dies auch in Zukunft so sein? Zweifel sind angebracht. An die Stelle vormaliger Gewissheiten ist seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine eine neue Unübersichtlichkeit getreten. Vom ersten Tag an war der Krieg auch ein Kampf um Erinnerung, um Geschichtspolitik und um das

moralische Erbe des Zweiten Weltkriegs, und dieser Kampf wurde keineswegs allein von Wladimir Putin geführt. Bald wurden in der Ukraine wie im Westen die Begriffe Holocaust, Endlösung und Auschwitz auf gegenwärtige Schrecken gemünzt, bei manchen geschah das aus Verzweiflung, bei anderen aus politischem Kalkül.

Nun sind Auschwitz-Analogien als solche gewiss nicht neu. Doch war die deutsche Öffentlichkeit damit stets zurückhaltender als etwa die US-amerikanische. Nun sind in erstaunlicher Geschwindigkeit neue Diskurslinien entstanden. Oft waren es just dieselben Stimmen: Kurz zuvor hatten sie noch mit dogmatischer Strenge auf der Singularität der Shoah bestanden, um auf diese Weise die Einbeziehung kolonialer Verbrechen zurückzuweisen; nun nannten sie Putin „den neuen Hitler“. Und wer eben erst einer postkolonialen Linken vorgeworfen hatte, sie relativiere den Judenmord, versenkte nun die Spezifik der NS-Verbrechen in einem wiederentdeckten Antitotalitarismus.

Bei flüchtiger Betrachtung entsteht hier zunächst der Eindruck moralischer Beliebigkeit. Eine neue Trivialisierung des Nationalsozialismus und die alte Ausgrenzung kolonialer Opfer lassen sich als zwei Gesichter desselben Phänomens verstehen: eines seelenlosen und im Kern desinteressierten Gedenkens. Tatsächlich sind wir jedoch mit einer neuen Realität größerer Komplexität konfrontiert. Krieg, Geschichtsrevisionismus, eine neue Mystifizierung des Westens und die sich radikalisierende Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs gegen missliebige Stimmen schaffen Schattenzonen, die sich einfachen Begrifflichkeiten entziehen. Blickt man dabei über Deutschland hinaus, dann sticht ins Auge, dass sich rechter Geschichtsrevisionismus häufig im Gewand einer umdefinierten Holocaust-Erinnerung zeigt, was das Bild zusätzlich verkompliziert.

Es geht also heute nicht mehr allein um eine Öffnung der deutschen Erinnerungskultur hin zu einem Geschichtsdenken der Inklusion und Solidarität, sondern zugleich um die Verteidigung des Holocaust-bezogenen Gedächtnisses gegen Aushöhlung und Missbrauch. Es war bereits zuvor ein intellektuell ärmlicher Ansatz, sich Inklusion als bloße Addition erinnerten Gewaltverbrechen vorzustellen. Heute wird deutlich, dass es um etwas viel Umfassenderes geht, nämlich um eine Neugrundierung historischen Begreifens.

II. Einschluss und Ausschluss

Wie lässt sich die neue Unübersichtlichkeit kartieren? Beginnen wir dort, wo noch am ehesten Klarheit zu gewinnen ist, nämlich bei der Beschreibung einer Dialektik von Einschluss und Ausschluss im deutschen Diskurs.

Raina Zimmering

Monroe-Doktrin und Ukraine-Krieg Zur Haltung der lateinamerikanischen Staaten

Keywords: Ukraine, war, Latin America, Monroe Doctrine, imperialism, postcolonialism, Russia, China, Pink Wave, sanctions

Schlagwörter: Ukraine, Krieg, Lateinamerika, Monroe-Doktrin, Imperialismus, Postkolonialismus, Russland, China, Rosa Welle, Sanktionen

Die lateinamerikanischen Staaten haben bisher im Ukraine-Krieg eine weitgehend übereinstimmende Position vertreten. Ziel dieses Beitrags ist es, zu zeigen, dass diese Position als Reaktion auf die Monroe-Doktrin der USA, als neuer Antiimperialismus und als Streben nach eigener globaler Gestaltungsmacht in den internationalen Beziehungen im Sinne eines „Active Non-Alignment“ (Aguirre 2023) und einer „kollektiven Hegemonie“ (Ferguson 2022) verstanden werden kann. Die Monroe-Doktrin stellt für die lateinamerikanischen Staaten ein tradiertes Trauma dar, das ihre Haltung zum Ukraine-Krieg, bei dem sie sich sowohl von Russland als auch von den westlichen Staaten abgrenzen, tiefgehend beeinflusst. Einerseits stehen alle lateinamerikanischen Staaten der kriegerischen Intervention Russlands in der Ukraine kritisch gegenüber, andererseits vertreten sie in der Frage der Sanktionen, der Verursacher- und Schuldfrage und der Beendigungsszenarien des Krieges eigenständige, vom „Westen“ divergierende Positionen. Im folgenden Artikel möchte ich die Frage aufgreifen, wie die Erfahrungen Lateinamerikas mit der Monroe-Doktrin, auf deren Grundlage die staatliche Souveränität und Integrität der lateinamerikanischen Länder durch die USA mehrfach verletzt wurde, das gegenwärtige außenpolitische Handeln in Lateinamerika beeinflusst. Ich stütze mich dabei auf folgende Punkte: die Bedeutung der Monroe-Doktrin der USA für Lateinamerika, die historische Entwicklung der Monroe-Doktrin im Zusammenhang mit dem lateinamerikanischen und Weltkontext, die Position der lateinamerikanischen Staaten im Spannungsverhältnis der Globalmächte, die Auswirkungen auf die Haltung Lateinamerikas zum Ukraine-Krieg und die Entstehung eines globalpolitischen Gewichts Lateinamerikas im internationalen System. Theoretisch

knüpfe ich an imperialismustheoretische Ansätze an und versuche die Frage zu beantworten, in welchem Verhältnis Imperialismus und Hegemonie einerseits und Unabhängigkeits- und Gestaltungswillen in Lateinamerika andererseits zueinander stehen und worin sie sich manifestieren. Ich betrachte Lateinamerika meistens, aber nicht immer, als Einheit, da sich die Positionen der Mehrheit der Regierungen in der behandelten Fragestellung überwiegend decken. Außerdem ist Regierungshandeln Gegenstand meiner Untersuchung; Recherchen zu den Positionen von sozialen Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und der Zivilgesellschaft waren mir leider nicht möglich.

Die Bedeutung der Monroe-Doktrin

US-Präsident James Monroe hielt 1823 eine Rede an die Nation, in der er die Grundzüge der Außenpolitik der jungen USA vorstellte. Monroe forderte in Reaktion auf europäische Interventionen in Amerika ein Ende der kolonialen und nekolonialen Ambitionen gegenüber dem Kontinent und eine Politik der Nichteinmischung außeramerikanischer Mächte. Falls die proklamierten Grundsätze verletzt werden sollten, drohte Monroe mit einem Eingreifen der USA. Der „Zwei-Sphären-Ansatz“ (Europa gegen Amerika, „Alte“ gegen „Neue Welt“) prägte die Formel „Amerika den Amerikanern“ (May 1992). Obwohl die Monroe-Doktrin Teil der US-amerikanischen Außenpolitik war, agierte sie im Namen des gesamten amerikanischen Kontinents, d.h. im Namen anderer souveräner Staaten, die 1821 mehrheitlich ihre Unabhängigkeit erlangten. In der Literatur gelegentlich als antikoloniale Schutz- oder sogar Solidaritätspolitik (Krämer & Kuhn 2006) gegen Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Österreich und Spanien betrachtet, trägt die Doktrin doch von Beginn an imperiale Züge. Dies wurde in den sich herausbildenden lateinamerikanischen Staaten als neue Gefahr aus dem Norden aufgefasst, was in der dem mexikanischen Präsidenten Porfirio Díaz zugeschriebenen Bemerkung: „Armes Mexiko! So fern von Gott und so nah an den Vereinigten Staaten!“ (zit. n. Hahn 2009) zum Ausdruck kam. Trotz ihres anfangs eher defensiven, antikolonialen Charakters (Lozancic 2012) wurde die Doktrin im Laufe der Zeit zur Grundlage einer expansiven, interventionistischen außenpolitischen Strategie der USA.

1904 verkündete Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) den alleinigen Anspruch der USA auf Intervention in inneramerikanischen Angelegenheiten (Roosevelt Corollary) (Maass 2009: 383-402) und begründete so die US-amerikanischen Interventionen in Nicaragua, Kuba, Haiti und der Dominikanischen Republik. Im Roosevelt Corollary heißt es:

Ilse Lenz

Die Gerechtigkeitsbewegung für die „Trostrfrauen“ in intersektionaler postkolonialer Sicht

Keywords: „comfort women“, gender violence / war, postcolonial justice movement, intersectional solidarity, transnational feminism

Schlagwörter: intersektionale Solidarität. postkoloniale Gerechtigkeitsbewegung. transnationaler Feminismus. „Trostrfrauen“. vergeschlechtlichte Gewalt / Krieg

Sexuelle Gewalt gegen Frauen im Krieg wird allmählich als Verbrechen wahrgenommen und anerkannt (Zipfel u.a. 2021). Dabei kam den globalen Frauen- und Menschenrechtsbewegungen wie auch der feministischen Erinnerungsarbeit eine große Bedeutung zu. Ein Beispiel dafür ist die internationale feministische Gerechtigkeitsbewegung für „Trostrfrauen“.¹ Die Bewegung verlangt Anerkennung der sexuellen Gewalt gegen und Gerechtigkeit für die sogenannten „Trostrfrauen“, die als sexuelle Zwangsarbeiterinnen für die Kaiserliche Japanische Armee im Asiatisch-Pazifischen Krieg Japans (1937-1945) eingesetzt wurden (s.u.). Sie hat sich seit den frühen 1990er Jahren entfaltet und umspannt heute Gruppen in den meisten Weltregionen.² Sie stellt einen der größten und längsten globalen Ansätze feministischer Erinnerungsarbeit dar, ist aber in Deutschland, auch im Feminismus, kaum bekannt. Zudem bildet sie ein seltenes Beispiel für ein internationales intersektionales Bündnis, in dem Feminist*innen aus den kolonisierten ostasiatischen Gesellschaften, aus denen die Opfer kamen, und der ehemaligen Kolonialmacht Japan erfolgreich zusammenarbeiten (Min u.a. 2020a; Son 2018; Tai 2020). Während ihr Schwerpunkt zunächst in Ostasien und auf der globalen Weltebene der UNO lag, wurde sie dann u.a. in Australien, den USA und nun auch in Deutschland aktiv. Gegenwärtig

1 Für Anregungen und Kritik möchte ich Nataly Han, Reinhart Kößler, Michiko Mae, Steffi Richter und der Redaktion der *PERIPHERIE*, insbesondere Michael Korbmacher, Miriam Friz Trzeciak und Christa Wichterich herzlich danken, wobei die Verantwortung für Fehler selbstverständlich bei mir liegt.

2 Vgl. u.a. Crozier-De Rosa & Mackie 2019; Min u.a. 2020; Son 2018; Tai 2020.

ist in Berlin ein Konflikt darüber entbrannt: Als dort ein transnationales feministisches Bündnis eine Friedensstatue gegen sexuelle Gewalt und zum Gedenken an die „Trostrfrauen“ aufstellte, wollte die japanische Regierung diese Statue entfernen lassen und so die öffentliche Erinnerung unterbinden.

Die Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeitsbewegung für „Trostrfrauen“ führte mich zu einigen Ergebnissen, die neue Einsichten für die Bearbeitung von sexueller und kolonialer Gewalt und Postkolonialismus eröffnen können. Die Kaiserliche Japanische Armee rekrutierte oder verschleppte junge Frauen aus ganz Ost- und Südostasien in die sexuelle Zwangsarbeit, so dass sich die Bewegung zunächst international in Ostasien formierte. Allerdings werde ich mich in diesem Rahmen auf die Gerechtigkeitsbewegung in Südkorea, wo sie ihren Ausgangspunkt hatte, in der ehemaligen Kolonialmacht Japan und auf Deutschland konzentrieren. Auch bei dieser Eingrenzung ist die Entwicklung der Bewegung über dreißig Jahre in mehreren Weltregionen komplex, so dass ihr nicht einfach zu folgen ist. Deswegen fasse ich zunächst einige Ergebnisse vorweg zusammen, die ich dann anhand der Entwicklung der Bewegung fundieren und belegen möchte.

Das erste Ergebnis lautete, dass ein intersektionaler Zugang zum Verständnis ihres Verlaufs und ihrer Erfolge wesentlich sind. Die Personen und Gruppen, die sich für Gerechtigkeit für „Trostrfrauen“ engagieren, haben unterschiedliche Positionen in den nationalen und internationalen Machtverhältnissen. Das gilt auch für die ehemals kolonisierten Regionen: Die „Trostrfrauen“ in Korea kamen meist aus der Arbeiter*innenschaft, während die Aktivistinnen, die mit ihnen kooperierten, eher dem intellektuellen Milieu angehörten. Auf internationaler Ebene unterschieden sich die Lage der Frauen in Südostasien, den einstigen japanischen Kolonien während des Zweiten Weltkriegs, und der „Täternation“ Japan zu Beginn der Gerechtigkeitsbewegung grundlegend. Aber sie gewann ihre Kraft auch aus der konfliktreichen Bearbeitung von intersektionalen Differenzen, die sie sowohl in Korea wie auch international kennzeichneten.

Zum Zweiten wurde diese Bearbeitung durch einen allmählich sich ausweitenden geteilten Kommunikations- und Aktionsraum des internationalen Feminismus (vgl. Lenz 2019a) ermöglicht. Die intersektionale feministische Debatte hat sich gerade im postkolonialen Zusammenhang vor allem auf die Herausarbeitung von Machtverhältnissen, insbesondere auf Privilegien und Ausgrenzungen konzentriert. Bisher wurde wenig beachtet, in welchen Prozessen diese Machtverhältnisse von den beteiligten Aktivist*innen, die sich für ein geteiltes Anliegen, etwa gegen sexuelle Gewalt im Krieg, engagieren, bearbeitet und in der Bewegung potenziell verändert werden. Deswegen ist weiterführend, die von ihr hervorgebrachten Kommunikations- und

Rita Schäfer

Feministische Außenpolitik Zwischen visionären Perspektiven, Parteiengerangel und Praxistests in Deutschland (Debatte)

Am 1. März 2023 stellte Außenministerin Annalena Baerbock Leitlinien des *Auswärtigen Amtes* (AA) zur feministischen Außenpolitik vor. Dieser Debattenbeitrag fokussiert auf deren inhaltliche Schwerpunkte und erläutert parteipolitische Kontroversen über feministische außenpolitische Forderungen unter früheren Regierungen. Ein zeitlicher Längsschnitt der Auseinandersetzungen zwischen demokratischen Parteien im Bundestag veranschaulicht parlamentarische Prozedere, die von der Fachwelt und der medialen Öffentlichkeit bislang kaum wahrgenommen wurden. Auch Einschätzungen aus der Zivilgesellschaft kommen im Folgenden zur Sprache, sie monieren vor allem die mangelnde Beachtung pazifistischer Ziele und die defizitäre Unterstützung von Frauen-/Menschenrechtsaktivist*innen in repressiven Regimen.

Am Beispiel der revolutionären Frauenproteste im Iran und der Iranpolitik der deutschen Bundesregierung(en) konkretisiert dieser Text Fallstricke feministischer Außenpolitik. Iran ist dafür als Testfall geeignet, weil sich das AA gezielt und mehrfach mit entsprechenden Bezugnahmen dazu geäußert hat. Zudem kann hier exemplarisch gezeigt werden, ob Außen- und Innenpolitik kohärent sind, was sie laut Bundesregierung sein sollten. Hinzu kommt die Problematik des deutschen Asylrechts für verfolgte Frauen-Menschenrechtsverteidiger*innen, dessen Relevanz in den neuen Leitlinien des AA komplett ausgespart wird.

In den folgenden Überlegungen geht es also nicht um eine Momentaufnahme der medial viel diskutierten Neuerungen unter dem Stichwort feministische Außenpolitik. Deshalb werden auch keine Beurteilungen aus Meinungsbeiträgen zum Ukrainekrieg wiederholt. Gleiches betrifft Reflexionen über die mögliche konzeptionelle Ausrichtung ministerieller Pläne des AA zur feministischen Außenpolitik durch Vergleiche mit anderen Ländern,

die deutsche Think Tanks bereits veröffentlicht haben (Zilla 2022; Assad & Tausendfreund 2022; Brunke u. a. 2022).

Leitlinien unter der Lupe

Die Leitlinien des Auswärtigen Amtes „Feministische Außenpolitik gestalten“ umfassen sowohl das außenpolitische Handeln als auch die Arbeitsweise in diesem Ressort, konkret die Personalauswahl und -entwicklung. Konzeptionell verfolgen sie laut eigener Einschätzung einen intersektionalen und transformativen Ansatz zur Gleichstellung der Geschlechter, zudem soll innenpolitisches Gender-Mainstreaming außenpolitisch ausgebaut werden. *Gender budgeting* und der Förderung von Diversität wird strukturverändernde Bedeutung beigemessen. Gleichberechtigte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe soll als Kompass in bi- und multilateralen Beziehungen gelten. Ein breites Handlungsspektrum von Friedens- bzw. Sicherheits-, Wirtschafts- und Klimapolitik bis hin zu auswärtiger Kulturpolitik und humanitärer Hilfe soll mit Bezugnahme auf feministische Ziele bearbeitet werden, konkret geht es um Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Marginalisierten. Strategisch verstehen sich die Leitlinien als offenes Arbeitsdokument, sie rufen zu Ideen für Veränderungen, Kritik und Korrektur auf (AA 2023). Daran knüpfen die folgenden Darlegungen an.

Geschlechtergerechtigkeit und menschliche Sicherheit sollen im Rahmen einer wertegeleiteten Außenpolitik verbunden werden. Zentralen Stellenwert hat die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (WPS-Agenda) zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325; sie gilt als Fundament für Sicherheitskooperationen im Rahmen der NATO, der OSZE und auf europäischer Ebene. Zudem soll sie Priorität bei der Bewerbung Deutschlands um einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2027/28 haben. Mit dem Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird Rüstungskontrolle erwähnt, einmal wird Abrüstung genannt. Friedenspolitisch auffällig ist die Trennlinie, die zum Pazifismus gezogen wird (AA 2023: 13).

Gleichzeitig heben die Leitlinien unter Bezug auf den 3. nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 die Förderung von Friedensstifterinnen und Mediatorinnen in Krisengebieten hervor. Hier wird die Transformation Friedensaktivistinnen aufgeschulert, auch Interessenvertreter*innen sexueller Minderheiten werden genannt. Sie gelten als eine Opfergruppe, die besonders von sexualisierter Kriegsgewalt betroffen sei. Dennoch bleibt die Überwindung martialischer Männlichkeit durch den systematischen Abbau von Militarismus unbeachtet, wenngleich die